

Eingang:

02.04.2022

**Etat-Antrag  
der CDU-Fraktion  
zum Produkthaushalt 2022**

**Angsträume melden und beseitigen – Frankfurt sicherer machen**

Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt/Investitionsprogramm

Produktbereich:	11	Ordnung und Sicherheit
Produktgruppe:	11.04	Ordnung und Sicherheit

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Für die Initiierung und Entwicklung einer Meldeplattform von Angsträumen werden in der Produktgruppe 11.04 insgesamt

**50.000 €**

aus vorhandenen Mitteln eingestellt. Sofern die Mittelverwendung nicht vollständig im Haushaltsjahr 2022 erfolgt, ist ein Budgetübertrag möglich. Eine Verwendung der Mittel für andere Zwecke ist nicht zulässig. Über die Ausführung dieses Beschlusses ist der Stadtverordnetenversammlung binnen sechs Monaten zu berichten.

**Begründung**

Angsträume sind Orte, an denen Menschen durch entsprechende örtliche Gegebenheiten Angst empfinden. Angsträume können durch mangelnde Beleuchtung, schlechte Einsehbarkeit, wenig oder keine soziale Kontrolle, fehlende Ausweich- und Fluchtmöglichkeiten, Unordnung z.B. durch Müll und Zerstörung oder andere Gegebenheiten entstehen. Beispiele für Angsträume sind Unterführungen, Bahnhöfe, Parks, Tiefgaragen oder Parkhäuser. Auch soziale Merkmale können Unsicherheiten hervorrufen, etwa antisoziales Verhalten oder bedrohlich wirkende Personen und Personengruppen. Ebenso können öffentlicher Drogenkonsum und dessen Begleiterscheinungen Unsicherheiten begründen. Hinzu kommt die Einschätzung der eigenen Verletzlichkeit, die sich aus individuellen Faktoren wie Alter, Geschlecht, schlechte Erfahrungen und anderen Kriterien zusammensetzt. Betroffen sind hier vor allem Kinder, Ältere, Frauen und Menschen mit Behinderungen. Angsträume oder andere unsichere Orte können nicht nur Angst hervorrufen,

sondern auch Kriminalität fördern. Gleichzeitig schränken sie die individuelle Bewegungsfreiheit in Form von Meidungsverhalten teilweise erheblich ein.

Die Bürgerinnen und Bürger haben durch die Schaffung einer Meldeplattform die Möglichkeit solche Orte zu melden. Dadurch kann die Stadt konkret auf vorhandene Angsträume reagieren. Die uneingeschränkte und angstfreie Teilnahme am Leben im öffentlichen Raum ist zentraler Aspekt der sozialen Sicherheit. Es gilt hier, präventiv wirksam zu werden und durch Umsetzung verschiedener Maßnahmen solche Angsträume abzubauen.

Dr. Nils Köbler  
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerinnen und Antragsteller:

Stv. Martin-Benedikt Schäfer  
Stv. Verena David  
Stv. Dr. Albrecht Kochsiek  
Stv. Sara Steinhardt  
Stv. Dr. Sascha Vogel